



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 30.09.2015, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Flüchtlingsunterbringung** - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** erinnert einleitend an große Zu- und Auswanderungsströme nach und aus Württemberg in den letzten 200 Jahren. Insbesondere geht er darauf ein, dass in der Zeit direkt nach dem zweiten Weltkrieg beinahe jeder vierte Ludwigsburger Einwohner Flüchtling oder Vertriebener gewesen sei. Deren Integration sei nicht einfach gewesen, jedoch geglückt, und diese Menschen hätten einen wesentlichen Anteil an Wiederaufbau und Begründung des heutigen Wohlstands. Auch die neuen, anhaltenden Flüchtlingsströme aus Kriegsgebieten stellten heute vor allem dicht besiedelte Regionen vor große Herausforderungen. Integration sei kein Selbstläufer, sondern man müsse sich die Frage stellen, wie die Gesellschaft diese Herausforderungen aktiv annehmen könne. Die Sorgen eines Teils der Bürgerschaft, wie dies alles bewältigt werden könne, müsse man dabei durchaus ernst nehmen. Allerdings müsse man sich zum einen auch im Klaren sein, dass die derzeit ankommenden Menschen zum weit überwiegenden Teil vor Gefahren für Leib und Leben flüchteten, die „Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme“ spiele nur für einen sehr geringen Prozentsatz eine Rolle. Zum anderen sei bereits heute abzusehen, dass der sich in Deutschland vollziehende demographische Wandel ohne die Zuwanderung arbeitswilliger und arbeitsfähiger Personen nicht zu bewältigen sei. Die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen sei bei allen Herausforderungen sowohl moralische und rechtliche Pflicht als auch eine Chance für die Gesellschaft.

EBM **Seigfried** gibt an Hand einer Präsentation Informationen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in Ludwigsburg. Er stellt die aktuelle Situation, die derzeitigen Herausforderungen und die aktuell in Ludwigsburg ergriffenen Maßnahmen dar und geht vertiefend auf Angebote zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen sowie auf Beschäftigungsangebote ein. Weiter lobt er das große Engagement verschiedener Institutionen, gesellschaftlicher Gruppen und Einzelpersonen. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt. Zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen im Landkreis Ludwigsburg ergänzt er, dass für das Land Baden-Württemberg im laufenden Jahr bereits mit 104 000 Flüchtlingen gerechnet werde und die Prognose für 2015 eigentlich bei 5.500 Flüchtlingen liegen müsse. Für 2016 werde entsprechend mit 7.000 Personen gerechnet. Das Landratsamt passe die Prognosen aber vorerst noch nicht, da anstehende politische Entscheidungen die Zahlen wieder nach unten korrigieren könnten. Sodann verweist er auf das im Dezember 2014 neu in den Masterplan 6 aufgenommene strategische Ziel „Flüchtlinge Willkommen zu heißen“ und die ihm zugeordneten 7 operativen Ziele Unterbringung, Begleitung, Betreuung, Bildung, Einbindung ins Gemeinwesen, Beschäftigung und Spracherwerb. Zudem stellt er die zahlreichen Maßnahmen und Aufgaben dar, die sich hinter diesen Zielen verbergen, und schildert deren aktuelle und geplante Umsetzung in Ludwigsburg. Weiter berichtet er über zwei exemplarische Beispiele für die Integration von Flüchtlingen. EBM Seigfried informiert abschließend über die Besetzung der internen Koordinationsstelle für die Flüchtlingsthematik, schildert deren Aufgaben und gibt einen

Einblick in weitere verwaltungsinterne Aufgaben und Abläufe in Zusammenhang mit der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen.

Stadtrat **Herrmann** stimmt mit seinen Vorrednern überein hinsichtlich der außerordentlichen Herausforderung, der man sich gegenübersehe. Innerhalb der Wertegemeinschaft der Europäischen Union müsse ein gerechter Verteilungsschlüssel für die wachsenden Flüchtlingszahlen gefunden werden und Bund und Land müssten sich an der Bereitstellung der finanziellen Mittel beteiligen, um die Kommunen in der Bewältigung dieser Aufgabe zu unterstützen. Trotz aller Anstrengungen müsse man klar sehen, dass man nicht alle Flüchtlinge aufnehmen könne, die nach Deutschland kommen und in einigen Fällen auch hier bleiben wollten. Hier müsse eine Differenzierung nach Fluchtgründen, Herkunftsstaaten und Bleibeperspektive getroffen werden. Zudem bedürfe es einer gesetzlichen Regelung der Zuwanderung durch ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz und auch die Aufstockung sogenannter „Entscheiderstellen“ finde seine Zustimmung. Gut gefalle ihm der Vorschlag der Flüchtlingsunterbringung in temporären Bauten. Ergänzend müssten auch neue Wohnungen geschaffen werden – sowohl für die Unterbringung von Flüchtlingen als auch auf Grund des angespannten Wohnungsmarktes ganz allgemein für Ludwigsburger Bürgerinnen und Bürger. Ein Instrument, das aus seiner Sicht in diesem Zusammenhang jedoch nicht in Frage komme, sei die Beschlagnahme von Privatwohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen. Abschließend regt er eine gesamtstädtische Bürgerversammlung als Informationsveranstaltung mit Aussprachemöglichkeit an. Diese solle möglichst noch im laufenden Jahr abgehalten werden.

Stadtrat **Kasdorf** bedankt sich zunächst bei allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Die Geschichte habe bereits mehrmals gezeigt, dass man in der Lage sei, eine große Zahl Flüchtlinge und Vertriebene erfolgreich zu integrieren. Insofern sei er sich sicher, dass man dieser Herausforderung auch heute gewachsen sei und sie erfolgreich bewältigen könne. Dennoch nehme auch er die kritischen und besorgten Stimmen ernst. Für Deutschland in seiner Gesamtheit gelte es nun, Asylanträge zügig zu bearbeiten, über ein Zuwanderungsgesetz legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu eröffnen und dazu beizutragen, dass die in den Heimatländern liegenden Gründe für eine Flucht schnellstmöglich behoben werden könnten. In Ludwigsburg bestehe hinsichtlich der Unterbringung der hier zugewiesenen Flüchtlinge aktueller Handlungsbedarf. Die in der Vorl. Nr. 329/15 dargestellte Suche der Verwaltung nach weiteren Standorten für Asylbewerberunterkünfte erfolge aus seiner Sicht noch zu verhalten und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwarte, dass eine Konzept über das weitere Vorgehen vorgestellt werde. Die zusätzliche Herausforderung, die die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen für den insgesamt bereits angespannten Ludwigsburger Wohnungsmarkt bedeute, könne man am besten durch die Einrichtung der Stelle eines Wohnraumförderers begegnen. Dieser komme nicht nur Flüchtlingen sondern auch anderen Bedarfsgruppen zu Gute und seine Fraktion habe bereits einen entsprechenden Antrag gestellt. Weiteres Potential sehe er auch in einem größeren Anteil an Geschosswohnungsbau in neu zu entwickelnden Stadtgebieten.

OBM **Spec** informiert über die Einrichtung eines verwaltungsinternen Kompetenzteams zum Thema Ausweisung weiterer Wohnbauflächen. Dieses werde über den bisherigen Stand hinausgehende Vorschläge zum weiteren Vorgehen vorlegen.

Stadträtin **Liepins** verbindet mit ihrem Dank an alle Beteiligten die Hoffnung, dass die Stimmung in der Bevölkerung in Ludwigsburg weiterhin so offen und aufgeschlossen bleibe. Was die angesprochenen Prognosen zur weiteren Entwicklung der Flüchtlingszahlen anbelangt, so erinnert sie an den Ausspruch des Bundespräsidenten, nachdem die Aufnahmekapazitäten endlich seien, auch wenn deren Grenze bislang weder definiert noch erreicht sei. Für die Bundesrepublik insgesamt müsse sich noch zeigen, was schnellere Entscheidungen in Asylverfahren, die Definition von sicheren Herkunftsstaaten und eine europaweite Solidarität bei der Verteilung der Flüchtlinge bewirken könnten. Hinsichtlich der ebenfalls angeregten Behebung der Schwierigkeiten in den jeweiligen Ländern, die erst zur Flucht führten, habe sie bedauerlicher Weise wenig Hoffnung. Für eine weiterhin gelingende Aufnahme der Flüchtlinge in Ludwigsburg sei es wichtig, die Bevölkerung auf freiwilliger Basis zu aktivieren. Die Beschlagnahme von

Wohnungen oder das Erheben von Strafgebühren für Leerstand halte sie für nicht zielführend. Vielmehr dürfe in Zeiten der generellen Wohnraumknappheit keine Konkurrenz zwischen Flüchtlingen und anderen Bedarfsgruppen geschaffen werden. Einem erneuten Aufgreifen des Antrags auf Einrichtung einer Stelle für einen Wohnraumförderer stimme sie hingegen gerne zu. Weiter unterstütze sie die Forderung von OBM Spec nach zeitnahen, weitergehenden Maßnahmen beim Wohnungsbau. Wichtig sei hierbei jedoch eine sozial ausgewogene Durchmischung, so dass keine neuen Problemviertel geschaffen würden.

Stadtrat **Weiss** schließt sich dem Dank an alle haupt- und ehrenamtlich engagierten an. Um die anhaltend großen Flüchtlingszahlen bewältigen und insbesondere den „echten“ Flüchtlingen gerecht werden zu können, halte er eine Anpassung des Asylrechts, die ein eindeutiges Signal an Wirtschaftsflüchtlinge sende, für unumgänglich. Humanitäre Hilfe für die genannten „echten“ Flüchtlinge stehe dabei außer Frage. Asylanträge müssten schnellstmöglich geprüft werden, um den Flüchtlingen die größtmögliche Sicherheit und Orientierung zu bieten. Klar sehen müsse man allerdings, dass auch Deutschland bei aller Solidarität und Unterstützung für Flüchtlinge nicht alle aufnehmen könne. Eine angemessene Verteilung innerhalb der EU sei unumgänglich. In Ludwigsburg sei es wichtig, angesichts des ohnehin schon angespannten Wohnungsmarktes keine zusätzlichen Ressentiments in der Bevölkerung zu schüren oder eine gefühlte Konkurrenz zwischen Flüchtlingen und finanziell schlechter gestellten Personen aufzubauen. Sobald die Flüchtlinge in Ludwigsburg angekommen seien, müssten diese schnellst- und bestmöglich integriert werden; hierzu gehörten Sprachkurse, Integrationskurse, Schulbesuch und Berufsausbildung bzw. –ausübung. Darüber hinaus müsse auf internationaler Ebene eine Lösung für die ursächlichen Konflikte, die der Flucht zugrunde lägen, gefunden werden. Im Anschluss könne nach Möglichkeiten zur Rückkehr ins Heimatland und Beteiligung am Wiederaufbau gesucht werden.

Stadtrat **Eisele** anerkennt, dass die Stadt Ludwigsburg die ihr mit der Unterbringung von Flüchtlingen gestellte Herausforderung aktiv angehe und verleihe seiner Hoffnung Ausdruck, dass dies in ähnlicher Weise auch in anderen Kommunen geschehe. Den derzeitigen Zustrom von Flüchtlingen sehe er nicht nur als Herausforderung, auch wenn diese unbestreitbar vorhanden und nicht zu unterschätzen sei, sondern auch als Chance für die Gesellschaft. In der Gruppe der Flüchtlinge kämen auch zahlreiche gut ausgebildete Menschen nach Deutschland, die die Gesellschaft auf verschiedene Weise bereichern könnten. Die Forderung, mehr Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, halte er für schwierig. Wichtig sei für die in Ludwigsburg angekommenen Flüchtlinge eine gelingende Integration. Auch wenn das Gesamtkonzept hierfür bereits zahlreiche gute Ansätze aufweise, gebe es sicherlich noch Verbesserungsmöglichkeiten. So weist er darauf hin, dass rund 40% der Flüchtlinge mit dem posttraumatischen Belastungssyndrom zu kämpfen hätten. Hier sei eine entsprechende medizinische Behandlung unabdingbar.

Stadtrat **Kube** moniert, dass Bund und Land sich ihrer Verantwortung noch nicht bewusst genug seien und den Kommunen zu wenig Unterstützung gewährten. Auch in der Politik tendiere der Tenor in Richtung „Willkommenskultur ja – aber nicht für alle“. Eine Differenzierung in „gute“ und „böse“ oder Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge sei nicht vertretbar. Ebenso sei die Theorie von sicheren Herkunftsstaaten reine Kosmetik, wie er am Beispiel der Sinti und Roma, die in solchen Staaten eben nicht sicher seien, verdeutlicht. Im Gegensatz zu seinen Vorrednern halte er im Notfall die Beschlagnahme von Eigentumswohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen für durchaus zu rechtfertigen. Dies sei immerhin besser, als Flüchtlinge den Winter über in Zelten unterbringen zu müssen. Natürlich sei auch er sich im Klaren darüber, dass auch die Aufnahmekapazitäten Deutschlands irgendwann erschöpft seien. Jedoch müsse auch klar gesagt werden, dass Deutschland im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl bislang relativ wenige Flüchtlinge aufgenommen habe und dass nicht alle Flüchtlinge nach Deutschland gelangen oder sogar hier bleiben wollten. Abschließen betont er die Verantwortung der Politik für die Befriedung der weltweiten Krisenherde als Grundvoraussetzung für künftig wieder rückläufige Flüchtlingszahlen.

EBM **Seigfried** informiert auf Nachfragen aus dem Gremium über den aktuellen Stand der Flüchtlingsunterkünfte Riedle und Fröbelstraße.

Stadträtin **Deetz** weist auf ein allgemeines Angebot des Jugendherbergswerkes hin, welches seine Einrichtungen über den Winter für die Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung stellen könne.

OBM **Spec** sagt auf Anregung von Stadtrat **Herrmann** zu, im Ältestenrat über die Anregung einer Bürgerversammlung mit umfassender Information zum Thema beraten zu lassen. Nachdem das Thema vom Gremium mehrheitlich mitgetragen wird, kündigt er weiter an, einen zeitnahen Beratungsvorschlag für die Einstellung eines Wohnraumförderers für alle Zielgruppen vorzulegen.

TOP 2

**Fortschreibung der Leitsätze und der strategischen Ziele des Stadtentwicklungskonzeptes (SEK) der Stadt Ludwigsburg
- Einbringung**

Vorl.Nr. 262/15

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** stellt eingangs klar, dass das Thema heute lediglich eingebracht werden solle.

Herr **Michael** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) gibt an Hand einer Präsentation einen kurzen Rückblick auf die Zukunftskonferenz 2015. Er geht auf deren Zielsetzung und die erarbeiteten Ergebnisse ein, spannt den Bogen zur Fortschreibungsempfehlung für das Stadtentwicklungskonzept, Vorl. Nr. 262/15, und skizziert das geplante weitere Vorgehen. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Stadtrat **Herrmann** regt an, für jeden Ausschuss die zu beratenden Seiten der Vorl. Nr. 262/15 sowie ihrer Anlagen separat auszuweisen.

OBM **Spec** sagt dies zu und verweist die weitere Beratung in die gemeinderätlichen Ausschüsse.

TOP 3

**Stadtbahn
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Wunsch des Gremiums von TOP 5 auf TOP 3 vorgezogen.

BM **Ilk** stellt an Hand einer Präsentation den aktuellen Untersuchungsstand dar, erläutert Zwischenergebnisse und offene Fragen und zeigt das geplante weitere Vorgehen auf. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

OBM **Spec** berichtet über alternative technische Lösungen ohne Schienen und Oberleitungen, welche durch elektrische Antriebe zunehmend umweltschonend seien. Zudem seien hier weniger Konflikte im öffentlichen Raum und mit anderen Verkehrsteilnehmern zu erwarten. Er stellt in Aussicht, bei Interesse seitens des Gremiums eine gemeinsame Besichtigungsfahrt nach Metz durchzuführen. Bei dieser Gelegenheit könne die schienen- und oberleitungsungebundene Bahn in Augenschein genommen werden.

Stadtrat **Herrmann** bedankt sich für den Zwischenbericht und betont, dass noch viele Fragen offen seien. Exemplarisch führt er Fragen nach der Zahl der bei Einführung der Stadtbahn wegfallenden Busse, nach der Höhe der laufenden Kosten und nach den Ergebnissen der Sensitivitätsanalyse bezüglich des Kosten-Nutzen-Faktors der neuesten Lösungsalternative an. Er führt aus, dass seine Fraktion keinesfalls einen Kahlschlag im Busverkehr in die Innenstadt mittragen werde und begrüßt die Prüfung der Idee einer gleislosen Bahn. Diese verspreche auf den ersten Blick umweltschonende Mobilität, ohne die PKK-Verkehr in andere Straßen zu verdrängen. Wichtig sei ihm, dass bei den ganzen Überlegungen besonderes Augenmerk auf die Pendlerströme gelegt würden, die sich zur Arbeit bewegten, und nicht nur auf jene, die zum Einkaufen führen.

Stadtrat **Gericke** spricht sich nachdrücklich für eine Stärkung des ÖPNV aus und betont die tragende Rolle, die eine Stadtbahn hierbei spiele. Durch die Verlängerung der Verkehrsförderung durch die Novellierung des GVFGs biete sich für eine Stadtbahnlösung in Ludwigsburg eine verlässliche Finanzierungsperspektive. Diese Chance müsse man ergreifen. Auch er sehe noch viele offene Fragen und erwarte, dass sich die Stadt Ludwigsburg intensiv in die Prüfung aller Alternativen einbringe, auch wenn die Federführung des Themas beim Landkreis liege. Für eine Stadtbahn sprächen unter anderem die zu erwartenden Fahrgastzuwächse durch ehemalige PKW-Nutzer, da eine Stadtbahn deutlich komfortabler als Busse sei. Hinsichtlich der Frage eines möglichen Betreibers eines Niederflursystems sei er zuversichtlich, dass mit entsprechender Hartnäckigkeit die derzeit noch ablehnende SSB hierfür gewonnen werden könne. Andernfalls finde sich sicherlich auch ein alternativer Betreiber. Als weitere prüfungswerte Ideen im Gesamtkontext benennt er unter anderem ein Niederflursystem, das Fahrgäste beispielsweise von Markgröningen direkt in die Wilhelmstraße bringen könne, ein teilweise oberleitungsungebundenes Stadtbahnsystem wie es dieses bereits in Bordeaux gebe oder auch das von OBM Spec angesprochene Bussystem, bei welchem sich jedoch die Frage der Führung in einer eigenen Trasse stelle. Was die teilweise bemühte Konfliktsituationen zwischen Radfahrern und Straßenbahn anbelange, so belege die gelebte Praxis in zahlreichen Städten, dass diese Punkte beispielsweise durch Gummiverkleidungen im Kreuzungsbereich oder separate Radwege entschärft werden könnten. Mit Bezug zur gezeigten Folie 17 fordert er die Verwaltung auf zu prüfen, die Trasse nicht in die Franckstraße zu legen, sondern parallel zur Keplerstraße bzw. Keplerbrücke zu führen. Im Fazit sei eine Stadtbahn mach- und finanzierbar sowie ein Quantensprung in Qualität und Umweltschutz. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen solle man daher erst „groß denken“ und nicht die Chance vergeben, auch den Osten per Schienensystem zu erschließen. In jedem Fall müsse eine detaillierte Prüfung eines ausgedehnten Niederflursystems vorrangig vor einer Beschränkung auf eine gekappte Bahn oder ein Bussystem erfolgen.

OBM **Spec** erinnert an die klar ablehnende Haltung der SSB hinsichtlich eines Niederflursystems. Ein Systemwechsel bedeute nicht nur einen Umstieg für Fahrgäste von und nach Stuttgart, sondern logistische und finanzielle Herausforderungen. Auch von Seiten des Landratsamts würden einem Niederflursystem keine großen Chancen beigemessen. Hinsichtlich der Schwierigkeiten, die in den Straßen verlegte Gleise für andere Verkehrsteilnehmer bedeuteten, verweist er auf Karlsruhe, wo aus diesen Gründen derzeit die Stadtbahn tiefergelegt werde. Er wirbt noch einmal für ein schienen- und oberleitungsungebundenes System.

Stadträtin **Liepins** betont, dass heute lediglich eine Information des Gesamtgremiums vorgesehen gewesen sei. Der Einstieg in die Beratung müsse im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt per Vorlage erfolgen. Dass man nun doch heute in eine Grundsatzdiskussion

eingestiegen sei, sei für sie unverständlich. Sie wolle daher auch nur wenige Punkte ansprechen. Zum einen seien tatsächlich noch einige Fragen offen – unter anderem das Thema Keplerbrücke. Zum anderen müsse man sich irgendwann auch eingestehen, dass ein Niederflersystem für Ludwigsburg wahrscheinlich die beste Variante sei, dass man hierfür aber weder im Landkreis noch in der SSB einen Partner finden werde. Klar sei zudem definitiv, dass es für eine Hochflurbahn durch die Innenstadt keine Mehrheit geben werde und daher die alternative Streckenführung über den Bahnhof untersucht werden müsse. Hier müsse man sich klar positionieren, ob man diesen Weg gehen könne und wolle. Allerdings dürfe man sich nicht übermäßig Zeit hierfür lassen, da zahlreiche Beteiligte bereits signalisiert hätten, auf eine Entscheidung Ludwigsburgs zu warten.

Stadtrat **Weiss** spricht für die FW-Fraktion. Er schließt sich der Verwunderung seiner Vorrednerin hinsichtlich des Einstiegs in eine Grundsatzdiskussion an. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreibe hier in seinen Augen eine Art „Gesinnungsterrorismus“. Anstatt sich in ewigen Diskussionen im Kreis zu drehen, befürworte auch er eine Abschichtung der Thematik. Es müsse zunächst geklärt sein, welche Optionen für Ludwigsburg denkbar seien und welche nicht. Zu letzterem gehöre unter anderem eine Streckenführung durch die Innenstadt. In der Konsequenz müsse also eine Führung der Hochflurbahn über den Bahnhof geprüft werden. Kritisch würdigt er weiterhin die Faktorenberechnungen, deren Ergebnisse bei erneuten Prüfungen jeweils anders ausgefallen seien. In der Summe lehnt er dauernde Prüfschleifen aller auch nur im Entferntesten denkbaren Optionen ab.

Stadtrat **Heer** erinnert an die ersten Untersuchungen zum Thema Stadtbahn im Jahr 2008. Stand heute sehe er jede Art einer schienengebundenen Stadtbahn kritisch. Eine Einbindung ins Stuttgarter System sei unter den Aspekten Kosten, Invest und laufender Betrieb gegebenenfalls vorteilhaft, jedoch für Ludwigsburg selbst eher wenig vorstellbar. Es stelle sich auch die Frage, wie viele Personen beispielsweise aus der Gegend des Max-Eyth-Sees zum Einkaufen nach Ludwigsburg fahren wollten. Andererseits stehe zu befürchten, dass Möglingen und Markgröningen nicht bereit oder in der Lage sein könnten, sich an den Kosten einer teureren Niederflurvariante zu beteiligen. Im Fazit halte er die Idee einer elektrischen Straßenbahn, wie sie beispielsweise in Metz verkehre, für durchaus überlegenswert und eine gemeinderätliche Infofahrt daher für sinnvoll.

Stadträtin **Burkhardt** benennt als großes Problem der Überlegungen zur Stadtbahn die Diskussion über Alternativen, die ohnehin nicht realisierbar seien. Wenn man jetzt über eine Führung über den Hauptbahnhof nachdenke, so sei sie froh darüber, dass dem vor einigen Jahren diskutierten Abriss des Gleis 6 nicht zugestimmt worden sei. Baue man hierauf auf, sei eine Lösung ohne größere Beeinträchtigung des Busverkehrs oder der Anwohner der Stadtbahntrasse denkbar. Auch eine Anbindung der Friedrichstraße und der Schwieberdinger Straße müsse aus ihrer Sicht geprüft werden, da hier eine große Entlastung der Ost-West-Verbindung möglich sei. Neuen technischen Lösungen wie in Metz bereits umgesetzt wolle sie sich nicht verschließen und sie nehme daher gerne an einer Informationsfahrt teil. Man müsse diese Option jedoch gegebenenfalls rasch prüfen, damit man zeitnah weitere Schritte angehen könne.

Stadträtin **Dziubas** erklärt für die Vertreter von Die Linke, dass diesen nach wie vor die Stärkung des ÖPNV ein großes Anliegen sei. Die Strecke ins Schlößlesfeld und nach Oßweil sei ihnen wichtig. Allerdings spreche auch sie sich wie bereits zahlreiche Vorredner dafür aus, zeitnah einen „Knopf an die endlosen Planungen zu machen“.

OBM **Spec** kündigt abschließend an, sobald die ausstehenden Ergebnisse der weiteren Untersuchungen vorlägen, werde das Gremium hierüber informiert. Auf dieser Basis werde man dann auch in eine breite bürgerschaftliche Beteiligung einsteigen und bei Bedarf die in Frage kommenden Systeme im Rahmen einer Informationsfahrt vor Ort in Augenschein nehmen.

Abweichender Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, *alle* verkehrsfunktionalen Fragen ergebnisoffen zu untersuchen sowie weitere Beteiligungsrunden vorzubereiten. In diesem Zusammenhang wird der vorgestellte Untersuchungsumfang zur Kenntnis genommen.“

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat F. Lutz (krank)
Stadtrat Dr. Schwytz (krank)
Stadtrat Haller

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** fasst einleitend die Ausgangslage zusammen und erinnert insbesondere an die bisherigen Verfahrensschritte, die seit dem Auftaktbeschluss zum Projekt ZIEL im Sommer 2013 abgearbeitet worden seien. Im weiteren Vorgehen gehe es darum, Vorabprüfungen als Diskussionsgrundlage zu beauftragen. Diese dienen dann als Basis für Planfälle, die wiederum in den gemeinderätlichen Gremien vorgestellt und beraten würden. Er nimmt weiter Bezug zur Diskussion im Ältestenrat und verliest den von der Verwaltung daraufhin erarbeiteten abweichenden Beschlussvorschlag zur Vorl. Nr. 331/15:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die verkehrsfunktionalen Fragen ergebnisoffen zu untersuchen sowie weitere Beteiligungsrunden vorzubereiten. In diesem Zusammenhang wird der vorgestellte Untersuchungsumfang zur Kenntnis genommen.“

Er stellt klar, dass dieser Beschlussvorschlag ebenso wie der ursprüngliche keinerlei Vorfestlegung oder Weichenstellung beinhalte.

OBM **Spec** bestätigt die Absicht, das weitere Verfahren ergebnisoffen zu gestalten.

Stadtrat **Noz** erklärt Namens der CDU-Fraktion, er wolle alle vorgeschlagenen Untersuchungen mittragen. Für eine gute Entscheidung sei es wichtig, alle Optionen ergebnisoffen zu prüfen. Dies beinhalte das ganze Spannungsfeld von der großen Parkierungslösung, welche innerhalb seiner Fraktion favorisiert werde, bis zu Null-Parkierung, welche insbesondere die Zustimmung der der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen finde. Konkret fehle ihm in den in der Vorlage dargestellten Vorabprüfungen das Thema Leonberger Straße. Wie bereits angesprochen, favorisiere seine Fraktion die „große Lösung“. Da aus wirtschaftlichen Gründen jedoch wohl keine zweigeschossige Tiefgarage möglich sei, wolle er sich zumindest für ein Geschoss aussprechen. Weiter regt er an, bezüglich der Anlagen 3 und 4 zur Vorl. Nr. 331/15 zu ergänzen, dass der

Arsenalplatz bei jeder der in Frage kommenden Varianten in die Untersuchung mit einbezogen werden.

OBM **Spec** sagt letzteres zu. Er bietet weiter an, den geänderten Beschlussvorschlag nochmals dahingehend umzuformulieren, dass *alle* verkehrsfunktionalen Fragen ergebnisoffen untersucht werden sollten.

Stadtrat **Gericke** betont, dass in den Aufträgen an das Büro Hupfer auch der Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach einem attraktiven, begrünten Arsenalplatz Wiederhall finden müsse. Eine Schillerplatzquerung für den ÖPNV und für Fußgänger sei ebenfalls aufzunehmen. Auch diese Optionen müssten als Grundlage für weitere Entscheidungen untersucht werden.

Stadträtin Dr. **Knoss** verliest in Ergänzung ihres Fraktionskollegen folgende Anträge:

„Ein weiterer Planfall „ohne Durchfahrt“ und mit ersatzlosem Wegfall der Parkplätze auf dem Arsenalplatz ohne neues Parkhaus wird geprüft.“

sowie

„Ein einstöckiges Parkhaus unter dem Schillerplatz wird in die Planungen aufgenommen.“

In der von OBM Spec vorgeschlagene Umformulierung seien die von ihrer Fraktion beantragten Punkte ebenfalls enthalten, weshalb sie die beiden Anträge auf Basis dieser Zusage zurückziehe.

Stadtrat **Juraneck** erklärt, er könne dem geänderten und modifizierten Beschlussvorschlag zustimmen. Insbesondere den Untersuchungsergebnissen der Variante „keine Durchfahrt“ sehe er mit Spannung entgegen. Als Schwachpunkt könne sich hierbei wohl die Achse Schillerstraße – Mathildenstraße erweisen. Beachtet werden müsse dabei auch, dass die Mathildenstraße auch künftig eine wichtige Radwegeverbindung zu den Schulen darstelle. Dies alles unter einen Hut zu bringen, gestalte sich außerordentlich schwierig. Weiter erkundigt er sich nach der geplanten Zeitschiene für das weitere Vorgehen und verleiht namens der SPD-Fraktion seiner Hoffnung Ausdruck, dass man den Mut zu weitreichenden Entscheidungen aufbringe und zeitnah die Weichen für eine positive Entwicklung stellen könne.

Stadtrat **Weiss** betont, er lehne weitere Untersuchungen zur Optimierung der Verkehrsbedingungen nicht ab. Allerdings stelle sich ihm die Frage, ob eine rasche Entscheidung hierüber sinnvoll sei, solange die Auswirkungen einer möglichen Stadtbahn unter anderem auf das Busnetz ebenso wenig geklärt seien wie die Finanzierung der „großen Lösung“ oder die weitere Nutzung des Staatsarchivs. Er plädiere dafür, die Entscheidung selbst zurückzustellen und bei neuen Erkenntnissen zu den genannten Punkten wieder ins Verfahren einzusteigen. Kurzfristig könne eine Aufwertung der Fußgängerquerung von Bahnhof zum Marstall durch eine reduzierte Parkierung und mehr Begrünung erfolgen. Abschließend betont er, die von Stadtrat Noz angesprochene einstöckige Parkierungsanlage sei aus seiner Sicht unwirtschaftlich und finde daher keine Zustimmung.

Stadtrat **Heer** führt aus, eine Steigerung der Attraktivität sei erklärtes Ziel der FDP-Stadträte. Er stehe daher auf jeden Fall zu einer Umgestaltung des ZIEL-Gebietes – auch unter Einbeziehung der Punkte Wilhelmstraße, Tempo 30-Regelung und Fahrradstreifen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die von ihm und Stadtrat Eisele gestellten Haushaltsanträge. Die Prüfung einer Tiefgarage unter dem Schillerplatz stelle dann erst den nächsten Schritt dar. Kritisch sehe er die Ziffern 5 – 8 der in der Vorlage enthaltenen Vorabprüfungen. Diese brächten aus seiner Sicht eine komplette Abkopplung der Andienung der Ostseite mit sich. Insgesamt spreche er sich für ein Vorgehen Schritt für Schritt aus.

Stadträtin **Dziubas** bedankt sich für die Umformulierung des Beschlussvorschlages. In dieser Form könne er von den Vertretern von Die Linke mitgetragen werden. Im Gegensatz zu ihrem Vorredner sehe sie insbesondere die Punkte 1 +2 der in der Vorlage enthaltenen Vorabprüfungen mit Sorge. Es hätten gewichtige Gründe für die Abschaffung des Linksabbiegens bestanden, die weiterhin Gültigkeit besäßen. Angesichts des zunehmenden Verkehrsaufkommens könne man sich die Prüfung einer Wiedereinführung sparen. Ebenso verzichten könne man auf Punkt 4, da

dieser Vorschlag ohnehin nicht finanzierbar sein werde. Was einen Fahrradstreifen anbelange, schlage sie vor, diesen durch kostengünstige Verkehrsmarkierungen einem Testlauf zu unterziehen.

Stadträtin **Burkhardt** ruft das Ziel der Planung, den Autoverkehr am Rande der Innenstadt in die Tiefgaragen zu lenken, in Erinnerung. Atmosphäre, Grünanlagen und ansprechende Beleuchtung seien für den Kern der Stadt bedeutend wichtiger, als wieder Verkehr durch eine zusätzliche Tiefgarage anzuziehen. Daher lehne sie eine solche unabhängig vom Untersuchungsergebnis ab. Die bereits des Öfteren geprüfte Linksabbiegethematik im Sinne einer Gesamtschau erneut in die Vorabprüfungen einzubeziehen sei aber sicher unschädlich. Gut gefalle ihr auch, dass das Bahnhofsumfeld ebenfalls in den Prüfungen berücksichtigt werde. Hier sei eine positive Veränderung dringend erforderlich.

OBM **Spec** sieht den Bereich Wilhelmstraße, Umfeld des Stadtarchivs, Schillerplatz und Arsenalplatz im Gesamtzusammenhang. In absehbarer Zeit kämen hier noch Pläne für die Umgestaltung des Schulareals hinzu. Ein weiterer Planungsbereich erstreckte sich von Bahnhof und ZOB bis zum Keplerdreieck. Er strebe an, alle diese Punkte in den kommenden beiden Jahren abzuschließen, was auch das Thema Stadtbahn miteinschließe.

Stadtrat **Weiss** schlägt erneut vor, die Entscheidung noch ungefähr ein halbes Jahr zurückzustellen. Sofern dies nicht mehrheitsfähig sei, sollten als Untervarianten der derzeitige Stand und die Gestaltung des Arsenalplatzes mit in die Untersuchung aufgenommen werden.

OBM **Spec** sagt dies zu.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Juranek** kündigt BM **Ilk** an, dass Prof. Hupfer die Untersuchung bis Ende des Jahres abschließen werde.

TOP 5

**Interkommunale Kunstschule Labyrinth,
Bericht 2014, Haushalt 2016, Stellenentfristung**

Vorl.Nr. 248/15

Beschluss:

- 1) Der Bericht der interkommunalen Kunstschule Labyrinth für das Schuljahr 2014/15 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- 2) Dem Haushaltsplan für 2016 wird entsprechend dem Sachvortrag bzw. Anlage 3 zur Vorl. Nr. 248/15 zugestimmt.
- 3) Die bislang bis zum 22.04.2016 befristete 50%-Stelle für Kooperationen mit Schulen und Kindertagesstätten wird gemäß des Beschlusses des Beirats der interkommunalen Kunstschule Labyrinth vom 17.06.2015 als feste Planstelle ab dem 23.04.2016 bei der Kunstschule Labyrinth eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig

angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat F. Lutz (krank)
Stadtrat Dr. Schwytz (krank)
Stadtrat Haller

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM **Spec** lässt über die Vorl. Nr. 248/15 abstimmen.

TOP 6 **Bericht der Delegationsreisen nach Novy Jicin
und Jevpatorija
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Herr **Hebenstreit** und Herr OBM a.D. **Henke** (Freundeskreis Jevpatorija) berichten über die Delegationsreise von Mitgliedern des Freundeskreises und Musikern aus der Gruppe um Prof. Bauer. Sie geben über die detaillierte Schilderung von Reiseerlebnissen einen Einblick in den Alltag der Menschen vor Ort , informieren über die augenblickliche politische Lage und übermitteln den in Jevpatorija allseits kommunizierten Wunsch, auch angesichts der neuen politischen Machtverhältnisse auf der Krim an der Städtepartnerschaft festzuhalten.

OBM **Spec** dankt für den Bericht und den besonderen Beitrag den die bürgerschaftliche Delegation in der derzeit politisch unklaren Lage für ein Fortbestehen der städtepartnerschaftlichen Beziehungen geleistet habe.

Die Mitglieder des Gemeinderats schließen sich dem an. Sie sprechen sich geschlossen für eine Fortsetzung der Beziehungen auf bürgerschaftlicher Ebene aus und verleihen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich auch die offiziell-politischen Rahmenbedingungen bald wieder normalisierten.

Abschließend informiert OBM **Spec** kurz über die Reise einer Verwaltungsdelegation nach Novy Jicin und die vorbereitenden Arbeiten für eine gemeinsame Ausstellung, deren Hauptthema unterschiedliche Blickwinkel auf das Kriegsende und dessen unmittelbare Folgejahre seien.

